

(KR/WL)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.

Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Auf der Aufholspur**

Sie bauen Europas billigstes Auto – denn sie selbst sind auch billig. Doch nun streiken die Arbeiter im rumänischen Dacia-Werk für mehr Lohn. Seit zwölf Tagen schon, und zunehmend ungläubig schauen die Rumänen auf den größten Arbeitskampf in einem Privatunternehmen seit 1989. Erstaunen ruft die selbstbewusste Forderung der Arbeiter nach durchschnittlich 55 Prozent mehr Lohn hervor. Doch geradezu spektakulär ist, dass die Arbeiter in einem Billiglohnland aufgestanden sind und sagen: „Schluss mit der Ausbeutung. Wir sind keine Kolonie.“ Gewerkschaftsmann Iordache habe den Arbeitern vorgelesen, wie die deutschen Lokführer das Land lahmgelegt hätten. Das habe ihnen imponiert. Dacia könnte ein Präzedenzfall werden.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

2. **Auch Aldi soll AUB finanziell unterstützt haben**

Die “Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger” (AUB) ist seit dem Siemens-Skandal ein Begriff für die Einflussnahme von Firmen auf Arbeitnehmerorganisationen. Nun wurde bekannt, dass offenbar auch Aldi Geld an die AUB gezahlt hat, um die Gewerkschaft ver.di zu schwächen.

Quelle: [Tagesschau](#)

Siehe dazu auch:

Moral zum Discount-Tarif

Auch die Supermarktkette Aldi Nord gerät in den Sog der Affären um verdeckte Einflussnahmen auf Arbeitnehmer-Organisationen. Der Discounter wollte sich ein handzahmes Gegengewicht zur Gewerkschaft Verdi schaffen. Das Unternehmen sägt damit an einem Kernelement des deutschen Sozialmodells.

Quelle: [SZ](#)

3. **Detektive: Mitarbeiter-Überwachung größter Umsatzbringer**

Die Überwachung von Mitarbeitern ist der wichtigste Umsatzbringer für deutsche

Wirtschaftsdetektive: «60 bis 70 Prozent aller Aufträge aus der Wirtschaft zielen auf das Verhalten der Mitarbeiter.»

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

4. **Hauen und Stechen**

Am Montag beginnt die Spargelsaison. Aber ob genug Erntehelfer kommen, ist offen. Die Konkurrenz ist groß

Quelle: [Der Tagesspiegel](#)

***Anmerkung Orlando Pascheit:** Alle Jahre wieder ertönt die Klage vom Ausbleiben der osteuropäischen Spargelstecher. Leider übernimmt der Artikel relativ ungefiltert den Standpunkt der Spargelbauern. Da wird dann auf die Eckpunkterege lung (Einheimischenquote von 10-20 Prozent) oder die noch geltende Abschottung des Arbeitsmarktes für die östlichen EU-Beitrittsländern verwiesen.*

In einem Halbsatz wird dann auf den höheren Mindestlohn in England oder Irland verwiesen, aber hier liegt der Hase im Pfeffer. In diesen Ländern wie auch auf den Obst- und Gemüseplantagen in Spanien und Südfrankreich wird rund 3 Euro mehr pro Stunde als in Deutschland üblich für den Arbeitseinsatz auf ihren Feldern gezahlt. Ein Argument mehr für Mindestlöhne.

5. **Mehrarbeit oft unbezahlt**

Im Aufschwung der vergangenen Jahre haben zahlreiche Betriebe ihre Arbeitszeiten verlängert. Nur ein Teil der Beschäftigten bekommt für mehr Arbeit auch mehr Geld. Dass die Wirtschaft brummt, merken viele Arbeitnehmer in letzter Zeit vor allem beim Blick auf die Uhr. Ein Viertel der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat hat zwischen Anfang 2005 und Herbst 2007 die Arbeitszeit ausgeweitet - deutlich mehr als in den zwei Jahren zuvor. Das ergibt die neue Betriebsrätebefragung des WSI. Parallel sank nach Angaben der gut 2.000 befragten Arbeitnehmervertreter der Anteil der Betriebe, in denen die Arbeitszeit verkürzt wurde, von fast zwölf auf knapp acht Prozent.

Quelle: [Böckler Impuls](#)

6. **Heimliche Interessensvertreter: Lobbyisten in Bundesministerien**

Im letzten Jahr hatte MONITOR über Lobbyisten berichtet, die - von der Privatwirtschaft bezahlt - in Bundesministerien gearbeitet haben. Neue Recherchen belegen nun: Die Zahl dieser Interessensvertreter von Privatunternehmen und Verbänden ist deutlich höher, als die Bundesregierung bisher eingeräumt hatte. Viele dieser Lobbyisten waren dabei an der Formulierung von Gesetzen und Verordnungen beteiligt - und viele Vorgänge betrafen unmittelbar die Geschäftsinteressen ihrer privaten Arbeitgeber.

Quelle 1: [ARD-Monitor \(Text\) \[PDF - 28 KB\]](#)

Quelle 2: [ARD-Monitor \(Video\)](#)

Dazu auch:

Der gekaufte Staat

In Bundesministerien beschäftigt wurden unter anderem Mitarbeiter von Bayer, DaimlerChrysler, der Deutschen Bank, E.on, dem Flughafenbetreiber Fraport, Siemens und SAP. Auch Verbandsfunktionäre der Gas-, Pharma- und Bauindustrie wurden eingesetzt. Die Erfolgsbilanz dieser Lobbyisten kann sich sehen lassen. Wichtige Gesetzesvorhaben, beispielsweise zum Fluglärmschutz oder zur Energiepreisregulierung, wurden so stark verwässert, daß den Konzernen hohe Aufwendungen erspart blieben. Mit anderen, beispielsweise zu Hedge-Fonds und Private-Public-Partnerships, wurden völlig neue Geschäftsfelder zum Schaden der Verbraucher und der öffentlichen Haushalte eröffnet.

Quelle: [junge Welt](#)

Dazu auch:

Lobbyistin ebnete Hedgefonds den Weg

Über den Skandal um "Lobbyisten-Leiharbeiter" in der Bundesregierung werden jetzt mehr Details bekannt. Eine Juristin aus der Finanzbranche soll mitgeholfen haben, den öffentlichen Vertrieb von Hedgefonds in Deutschland zu legalisieren.

Quelle: [stern](#)

Dazu noch:

Mehr Transparenz ist nötig

Die Bundesregierung findet nichts dabei, wenn täglich hunderte Lobbyisten durch die Türen der Ministerien gehen. Das beweist: Die Rechnung der Unternehmen und Verbände ist voll aufgegangen. Man regiert quasi heimlich am Kabinetttisch mit.

Quelle: [Der Tagesspiegel](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Leider ist dies wieder einmal so ein Beitrag, in dem zwar beklagt wird, dass die Privatwirtschaft „quasi heimlich am Kabinetttisch“ mitregiert, aber in der Konsequenz das Geschäft der Lobbyisten betrieben wird. Da wird unterstellt, die Beamten des Finanzministeriums wären „oft ohne fachkundige Hilfe eines Mitarbeiters der Deutschen Bank nicht in der Lage, die komplizierten Gesetze und Verordnungen praxistauglich abzufassen“. Anscheinend schätzt der*

Bundesrechnungshof die Kompetenz der Fachleute in den Ministerien höher ein und fordert, dass externe Mitarbeiter nicht an Gesetzen, Gesetzentwürfen mitarbeiten dürften, da sie "die naturgemäß eigene, häufig gewinnorientierte Interessen verfolgen."

Der Autor des Artikels fordert dagegen mehr Transparenz, d.h. konkret die Abgeordneten des Bundestags sollten wissen, „welcher Lobbyist in einem Ministerium woran gearbeitet hat.“ - Transparenz scheint sich wohl immer mehr zum Problemlöser des Jahres zu entwickeln. Mehr Transparenz in der gegenwärtigen Finanzkrise bei Finanzinstrumenten, Märkten und Institutionen, mehr Transparenz im Gesundheitssystem, bei der Altersvorsorge, bei den Staatsfonds, in den Energiemärkten usw. - nur nicht eingreifen. Aber diversen Problemfeldern von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht allein mit dem wohlfeilen Geschwätz von der Transparenz begegnet werden. So gehört die Beteiligung von Mitarbeitern von Unternehmen und Verbänden, an Gesetzes-/Verordnungsentwürfen einfach verboten. Das schließt ja nicht aus, dass die Wirtschaft bestimmte Gesetzesentwürfe im Vorwege kommentieren darf.

7. **»Schluß machen mit den Wahnvorstellungen«**

Gespräch mit Heiner Flassbeck. Über den Irrsinn auf den Finanzmärkten, über Börsenzocker und hirnloses Gefasel von deutschen Ökonomen.

Quelle: [junge Welt](#)

Anmerkung WL: Unbedingt lesen!

8. **Thomas Fricke: Harry Potter im Euro-Tower**

Europas Notenbanker lassen sich dafür loben, dass sie ihre Geldpolitik trotz Inflation nicht straffen. Ein schlechter Zaubertrick - tatsächlich tragen sie seit Wochen arg dazu bei, Europas Absturzrisiken zu erhöhen.

Quelle: [FTD](#)

9. **Daniel Cohen: Trichet sollte eine flexiblere Geldpolitik betreiben und die EU sollte sich jetzt endlich einen Rahmen für eine abgestimmte Geld- und Budgetpolitik geben**

(Interview des französischen Ökonomen Daniel Cohen mit dem Sender France Inter und der Pariser Tageszeitung Le Monde, erschienen in Le Monde vom 2.4.2008, Originaltitel „Trichet devrait assouplir la politique monétaire“; zusammengefasst von Gerhard Kilper)

Zu Beginn des Interview zitiert Cohen den ehemaligen amerikanischen Fed-

Präsidenten Alan Greenspan, der die aktuelle Finanzkrise als die schlimmste US-Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg ansieht und meint, sie erinnere die Amerikaner deshalb an die 1929-er Krise, weil das System trotz der Milliarden-Spritzen weiter implodiere. Cohen meint, durch die globale Liberalisierung der Finanzmärkte (und speziell der Internationalisierung der neu geschaffenen „Finanzprodukte“) sei es heute möglich geworden, dass die amerikanische Immobilienblase auch zu uns überschwappe und unseren Bankenapparat blockiere. So hätten sich seit Beginn der Krise die Kredite für große Unternehmen um ca. 2% verteuert.

Cohen fordert den Präsidenten der Europäischen Zentralbank auf, nicht weiter permanent die politische Unabhängigkeit der EZB durch Beharren auf einer rigiden Geldpolitik zu demonstrieren, sondern eine flexiblere Geldpolitik zu betreiben. Trichet gebe sich der Lächerlichkeit preis, wenn er das ganze Jahr 2008 hindurch ein hohes Zinsniveau aufrechterhalte und es dann am Ende des Jahres abrupt absenke.

Cohen stellt abschließend ganz grundsätzlich den Maastricht-Vertrag als Haupt-Hindernis für eine sinnvolle europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik an den Pranger: eine gute Wirtschaftspolitik sei immer ein Mix zwischen Budget- und Geldpolitik und daran mangle es in der EU durch den Maastricht-Vertrag seit Beginn der Schaffung der Euro-Zone. Es müsse nun endlich – auch als Reaktion auf die Krise – in der EU ein (verfassungsrechtlicher) Rahmen geschaffen werden, der eine koordinierte Geld- und Budgetpolitik dann ermögliche, wenn es wirtschaftspolitisch sinnvoll und notwendig sei.

10. **EU will Banken-Kontrollgremien**

Die Deutsche Bank und bis zu 30 andere europäische Geldkonzerne sollen angesichts der Finanzmarktkrise öffentliche Expertengremien an die Seite gestellt bekommen. Diese „Stabilitätsgruppen“ werden mit Vertretern nationaler Aufsichtsbehörden besetzt und sollen sich ein Bild über mögliche Risiken machen, beschloss die Finanzminister und Notenbankchefs der 27 EU-Länder am Freitag im slowenischen Brdo.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Die EU will, die OECD will, die G-8 will usw. Lohnt es sich noch über ein weiteres „Will“ zu berichten? Warten wir erst einmal ab, was dabei wirklich herauskommt, zumal an entscheidender Stelle ein „könnte“ steht: „In letzter Konsequenz könnte Aufsicht auch bedeuten, dass die Institute ihre Bücher offenlegen müssten, hieß es bei EU-Diplomaten“. Wenn Diplomaten im Konjunktiv reden!?

11. Stromkonzerne sollen 800 Millionen Euro zu viel kassiert haben

Der Vorwurf gegen die vier großen Energieversorger: Sie sollen von Kunden bis zu 800 Millionen Euro zu viel kassiert haben. Die Bundesnetzagentur hat nach SPIEGEL-Informationen ein Missbrauchsverfahren eingeleitet – eine Entscheidung soll in den nächsten acht Wochen fallen. Konkret sollen den Stromkunden in Deutschland dadurch im Jahr 2006 rund 314 und im Jahr 2007 rund 494 Millionen Euro zu viel berechnet worden sein, heißt es in dem Schriftsatz. Dieses Geld, fordert Lichtblick, solle nun von der Bundesnetzagentur zurückgefordert werden.

Quelle: [Spiegel Online](#)

12. Telekom stuft T-Aktie als Zocker-Papier ein

Der Prozess um den dritten Börsengang der Telekom beginnt mit einem Paukenschlag. Der Konzern will offenbar vor Gericht argumentieren, dass Anleger wissen konnten, worauf sie sich beim Aktienkauf einließen. Die T-Aktie war keineswegs eine sichere "Volksaktie", sondern ein spekulatives "New Economy"-Papier.

Quelle: [Die Welt](#)

***Anmerkung WL:** Das sollten sich die Anhänger der „Volksaktie“ für die Bahn vor Augen halten.*

13. Rente hoch, Beiträge runter

Minister einigten sich auf außerplanmäßige Rentensteigerungen 2008 und 2009. Danach aber steigen Renten zwei Jahre nur noch wenig. Beiträge sinken auf 19,1 Prozent.

Quelle: [taz](#)

14. Gewerkschaft contra SPD

Mit seinem Modell zur Rettung der Bahnprivatisierung findet SPD-Chef Kurt Beck in der eigenen Partei zunehmend Zustimmung. Bei den Gewerkschaften stößt er auf umso entschiedeneren Widerstand. Die SPD-Arbeitsgruppe hat nach Angaben aus Teilnehmerkreisen am Freitag den Vorschlag Becks begrüßt, den Nahverkehr von einer Privatisierung auszunehmen. Auf dieser Basis sei eventuell schon beim nächsten Treffen am Dienstag eine Verständigung möglich, erklärten Mitglieder der Arbeitsgruppe im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau.

Allerdings ist schon jetzt klar, dass eine solche Abspaltung der Nahverkehrsgesellschaft DB Regio von der Deutschen Bahn (DB) nur gegen die Gewerkschaften durchzusetzen wäre. "Dies ist der Einstieg in die Zerschlagung der DB AG", warnte Transnet-Chef Norbert Hansen Beck. Ein solches Konstrukt "werden wir verhindern", kündigte der Gewerkschafter an.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung WL: Wäre man Zyniker, könnte man sich über das späte Erwachen von Transnet nur lustig machen. Eine Gewerkschaft, die ständig den Spaltpilz der Privatisierung in die Gewerkschaft und die SPD trieb, merkt nun endlich, dass sie verschaukelt wurde.

15. **Agenda der flotten Ironiker**

Es ist kein gewöhnlicher Machtkampf, selbst für die SPD nicht. Als Andrea Ypsilanti nach der Hessen-Wahl ihre Pläne bekannt gab, sich mit Unterstützung der Partei Die Linke zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, verkehrte sich die Euphorie des vermeintlichen Wahlsieges in eine bittere Fehde. Parteichef Kurt Beck, der ihr Unterstützung signalisierte, bekam das geballte Destruktionspotenzial des rechten Parteiflügels zu spüren, der sich gegen eine Öffnung zur Linkspartei und eine Aufweichung der Agenda 2010 zur Wehr setzte.

Das Problem ist: Die SPD zerfällt im Augenblick in zwei Lager, die sich gegenseitig neutralisieren und die Partei nahezu jeder Handlungsfähigkeit berauben. Auf der einen Seite stehen die Parteilinken und die Pragmatiker wie Beck und der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit. Im Zweifel unterstützen sie die Agenda 2010, weil auch sie das wirtschaftsliberale Denken teilen. Vor allem aber fürchten sie den Niedergang der SPD und haben eine realistische Sicht künftiger Machtperspektiven. Deshalb haben sie auf dem Hamburger Parteitag eine moderate Linkskorrektur durchgesetzt.

In Verkehrung zu den 1970er Jahren sind heute die Parteirechten die Ideologen in der Partei.

Nichts fürchten sie mehr als einen Linksschwenk der Partei und die Aufweichung der Agenda 2010.

Quelle: [taz](#)

Siehe dazu auch:

NachDenkSeiten: [Kurt Beck wird zum Sündenbock für den Niedergang der SPD gemacht](#)

NachDenkSeiten: [»Die Debatte um Kurt Beck ist eine Posse«](#)

16. **Der lachende Fünfte**

Bis jetzt hat das Hessen-Chaos unter den Parteien nur eine großen Gewinnerin: die Linke. Sie könnte jetzt erstmals im Westen aktiv in der Politik mitgestalten. Wenn nicht doch noch ein paar alte Konflikte aufbrechen.

Quelle: [stern](#)

17. **Lasst uns wählen!**

Ein Plädoyer des Chefredakteurs der FR für Neuwahlen in Hessen.

Quelle: [FR](#)

***Anmerkung:** Typisch für ein politisches Denken nur noch in koalitionspolitischen Kategorien. Noch bevor sich ein durch die Wahl hergestelltes politisches Kräfteverhältnis im hessischen Landtag in politischen Beschlüssen niederschlagen kann, werden Neuwahlen gefordert.*

18. **NATO-Gipfel in Bukarest: IPPNW warnt vor gefährlicher NATO-Strategie**

Mit großer Sorge verfolgt die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) die Beratungen des NATO-Gipfels vom 2. - 4. April in Bukarest. Das im Vorfeld bekannt gewordene Strategiepapier »Towards a Grand Strategy for an Uncertain World« propagiert die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag und zu militärischen Interventionen ohne völkerrechtliche Legitimation durch den Weltsicherheitsrat. Die Autoren aus höchsten NATO-Kreisen fordern u.a. eine »Eskalationsdominanz« zur Sicherung der westlichen Kultur und Lebensweise. Diese Denkweise ist nach Auffassung der IPPNW in keiner Weise geeignet, ein friedliches und zivilisiertes Zusammenleben zu fördern, sondern entspringt einer unverantwortlichen Hybris und fehlgeleiteten Allmachtsfantasien des politisch-militärisch-industriellen NATO-Komplexes.

Quelle 1: www.ippnw.de

Quelle 2: [Studie \[PDF - 2 MB\]](#)

***Kommentar AM:** Hier passieren stetig schreckliche Veränderungen. Siehe auch unser [Hinweis 21 vom 28. Februar: Grand Strategy](#)*

19. **Attac: Ecofin: Einrichtung von Stabilitätsgruppen ist schlechter Witz**

Mit scharfer Kritik hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac auf die Beschlüsse der europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister zur aktuellen Finanzmarktkrise reagiert. Die beim Ecofin in Ljubljana getroffene Entscheidung, Stabilitätsgruppen zur besseren Kontrolle von grenzüberschreitend tätigen Banken, Versicherungen und Investment-Firmen einzurichten, sei ein schlechter Witz.

“Der Beschluss geht in unglaublicher Weise an den Erfordernissen vorbei. Wir erleben gerade die wahrscheinlich größte Finanzmarktkrise seit den 1920er Jahren und damit das offensichtliche Scheitern der neoliberalen Finanzmarktliberalisierung. Wir brauchen nicht weniger als eine komplett neue Finanzordnung.”

Quelle: [attac](#)

Dazu:

Abschlussklärung des Alternativen ECOFINs in Ljubljana

Anlässlich der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft fand diese Woche das halbjährliche informelle Ministerratstreffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister ("ECOFIN") in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana statt. Das Treffen wurde nicht nur begleitet von einer für slowenische Verhältnisse außerordentlich großen Demonstration europäischer Gewerkschaften, sondern, mittlerweile zum dritten Mal, auch vom "Alternativen ECOFIN", ausgerichtet von kritischen Wissenschaftlern, Gewerkschaften und der globalisierungskritischen Bewegung. Wie bereits in den vorherigen Konferenzen 2006 in Wien und 2007 in Berlin, erarbeiteten die teilnehmenden Gruppen eine gemeinsame Abschlussklärung.
Quelle: [Europa im Blick](#)

20. **Bundeswehr: Der Feind im Inneren**

Ein KSK-Hauptmann schreibt einen Hetzbrief an einen Oberstleutnant der Bundeswehr und reiht sich damit in eine unselige Vergangenheit ein: "Ich beurteile Sie als Feind im Innern und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen." Da hören wir den Originalton der rechtsradikalen Freikorpskämpfer aus den frühen Jahren der Weimarer Republik, die später durchweg bei der NSDAP und der SS landeten. Eine historische Einordnung.

Quelle: [FR](#)

21. **Studienberechtigte 2006: Studierquote weiterhin leicht rückläufig, einzig die Beliebtheit von Maschinenbau wächst**

Zwischen Mitte der 1990er Jahre und dem Jahrgang 2002 stieg der Anteil der studienberechtigten Schulabgänger/innen, die sich für ein Studium entschieden, zunächst stark an. Danach setzte ein rückläufiger Trend ein, der auch beim Jahrgang 2006 noch anhält. Aktuell ist die Studierquote leicht um einen Prozentpunkt auf 68 Prozent gesunken.

Die Bildungsherkunft erweist sich aber nach wie vor als wichtige Einflussgröße der Studienentscheidung. Die Chance einer Studienaufnahme ist unter sonst gleichen Bedingungen bei Akademikerkindern dreimal so groß wie bei Studienberechtigten, deren Eltern keinen Hochschulabschluss erlangt haben.

Quelle: [idw](#)

22. **"Elite und die Folgen" - Die Auswirkungen der Exzellenzinitiative auf das Wissenschaftssystem**

Vorträge, Diskussionen und Resonanzen der Stifterverbands-Tagung in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 1. und 2. April in Berlin

Quelle: [Stifterverband](#)

Anmerkung WL: *Es war natürlich nicht zu erwarten, dass auf der Veranstaltung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft eine kritische Debatte über die Exzellenzinitiative stattfindet.*

Der Stifterverband als der wissenschaftspolitische Arm der Wirtschaft war von Anfang an einer der Hauptbetreiber für Elitehochschulen. Dennoch für Interessierte ganz interessant.

23. **Positive Entwicklung bei Studienzeiten - Neue HRK-Statistik zu Bachelor und Master**

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat ermittelt, dass die durchschnittliche Studiendauer der Bachelorabsolventinnen und -absolventen derzeit bei 6,9 Semestern liegt. Die mittlere Regelstudienzeit der Bachelor-Studiengänge von 6,3 Semestern wird also im Schnitt nur um etwa ein halbes Semester überschritten, in den traditionellen Studiengängen sind es über eineinhalb Semester. Inzwischen führen 67 Prozent aller Studiengänge an deutschen Hochschulen zu den Abschlüssen Bachelor oder Master, hat die HRK ermittelt.

Quelle: [idw](#)

Anmerkung: *Dass bei der Verschulung der Studiengänge durch Einführung des Bachelors schneller studiert wird, klingt plausibel. Ob man das dann auch noch ein wissenschaftliches Studium nennen darf, ist eine ganz andere Frage.*

Aber diese Erfolgsmeldung entpuppt sich aus einem ganz anderen Grund als reine Propaganda für diese Art von Studienreform: Es gibt gerade mal 11 Prozent Absolventen der neuen Studiengänge.

24. **Der iranische Schlüsselsatz**

Kein Satz wird so häufig mit dem amtierenden Präsidenten Irans, Mahmud Ahmadinedschad, assoziiert wie dieser: Israel muss von der Landkarte radiert werden. Das Problem ist nur - er hat diesen Satz nie gesagt.

Quelle: [SZ](#)

25. *Zu guter letzt:*

Neusprech heute

In George Orwell's »1984« war »Neusprech« eines der zentralen Werkzeuge um die Massen zu kontrollieren. Eine quasi Sprachreform auf ganzer Linie. Worte wie »Demokratie, Moral, Freiheit und Gerechtigkeit« gab es in »1984« nicht mehr. Sie wurden in dem Begriff »Udenk« zusammengefasst. Zudem wurden Worte in ihr Gegenteil verkehrt, z.B., »Lustlager« für Arbeitslager oder »Friedensministerium« für Kriegsministerium. Wobei die Wörter Arbeitslager und Kriegsministerium aus der Sprache verschwanden, sodass es für die Menschen

wirklich ein »Lustlager« war, da es kein Wort und somit kein Gedanke für das Gegenteil gab. Wichtiges Mittel in Neusprech war außerdem die Anwendung des »Zwiedenkens«. Tatsachen oder Fakten, die eigentlich widersprüchlich sind und nicht nebeneinander existieren konnten (»Krieg ist Frieden«), wurden unkritisch als gegeben hingenommen. Dadurch entzog man der Sprache das Werkzeug, ein kritisches Bewusstsein oder einen nachdenklichen Gedanken zu entwickeln. Die Sprache sollte nach den ideologischen Bedürfnissen, der machthabenden Partei (der »Engsoz«) angepasst werden. Nach der völlig abgeschlossenen Reform des »Neusprech« sollte es niemanden in »Ozeanien« mehr möglich sein, anders zu denken, als die Partei es wünschte. Da die Sprache und somit die Gedanken keine Worte mehr gefunden hätten, die es hätten ausdrücken können.

Schauen Sie einmal wie der Neusprech heute funktioniert:

Quelle: [Das Zeitgeist-Team](#)